

Deutschlands Schlüsselrolle in den transatlantischen Beziehungen

Benjamin Zyla

Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik

ISSN 1866-2188

Volume 5

Number 1

Z Außen Sicherheitspolit (2012)

5:117-135

DOI 10.1007/s12399-011-0239-y



Your article is protected by copyright and all rights are held exclusively by VS Verlag für Sozialwissenschaften. This e-offprint is for personal use only and shall not be self-archived in electronic repositories. If you wish to self-archive your work, please use the accepted author's version for posting to your own website or your institution's repository. You may further deposit the accepted author's version on a funder's repository at a funder's request, provided it is not made publicly available until 12 months after publication.

Deutschlands Schlüsselrolle in den transatlantischen Beziehungen

Benjamin Zyla

Zusammenfassung: Deutschland hat aufgrund seiner geographischen Lage, politischen und wirtschaftlichen Größe und Bedeutung innerhalb der EU eine besondere Rolle und Verantwortung für eine erfolgreiche Zukunft der transatlantischen Allianz. Sie erlaubt es Deutschland aktiv bei der Lösung transatlantischer Probleme zu helfen, diplomatischen Spielraum im NATO Bündnis zu schaffen und transatlantische Politik aktiv zu gestalten, anstatt stoisch die zentrale Bedeutung des Bündnisses zu rezitieren. Diese Schlüsselstellung (*linchpin*) wird im Folgenden anhand von zwei Themenkomplexen (NATO/Afghanistan sowie Russland) diskutiert.

Schlüsselwörter: Deutschland · USA · Außenpolitik · Transatlantische Beziehungen · NATO

Germany as a Linchpin in Transatlantic Relations

Abstract: Germany—given its geographical location, political and economic size and importance within the EU—has a special role and responsibility for the future of the transatlantic alliance. Germany is well-placed to be an effective partner in solving transatlantic problems, to help establish diplomatic leeway in the alliance, and to actively shape transatlantic policy rather than stoically reciting the central importance of the alliance. This key position of Germany is discussed below with reference to two subject areas: NATO/Afghanistan, and Russia.

Keywords: Germany · United States · Foreign policy · Transatlantic relations · NATO

Online publiziert: 12.01.2012

© VS Verlag für Sozialwissenschaften 2011

B. Zyla (✉)

Graduate School of Public and International Affairs, University of Ottawa,
55 Laurier Av. East, Ottawa, Ontario, Canada K1 N 6N5

E-Mail: bzyla@benjaminzyla.com

1 Einleitung¹

Deutschland hat aufgrund historischer Trendlinien ein sehr enges und freundschaftliches Verhältnis zu den Amerikanern entwickelt. Das heißt nicht, dass es keine Meinungsunterschiede gibt. Generell gilt jedoch nach wie vor die Maxime deutscher Außenpolitik, die transatlantische Partnerschaft zu schätzen und zu pflegen (Hacke 1997; Hanrieder 1991). Die deutsch-amerikanischen Beziehungen sind seit der Gründung der Bundesrepublik einer der zentralen Eckpfeiler deutscher Außen- und Sicherheitspolitik (Hellmann 2007; Schwarz 2007). Bisher war jede Bundesregierung seit der Gründung der Bundesrepublik um Partnerschaft und Freundschaft zu Amerika bemüht. Genau diese Kombination aus transatlantischer Tradition, amerikanischer Freundschaft sowie ökonomischer Realität sorgten im Laufe der Zeit für eine Interdependenz zwischen den beiden Staaten. Nicht nur wurde diese gegenseitige „Offenheit“ zu einem zentralen Merkmal transatlantischer Beziehungen, sondern sie fungierte auch als Garant eben dieser.

Mit der Wiedervereinigung von 1990 sowie der engen Beziehung zu und Kooperation mit Frankreich hat Deutschland gleichzeitig eine zentrale Rolle in der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik übernommen (Schöllgen 1999; Woyke 2004). Der deutsch-französische Motor² sowie Deutschlands ökonomische Kraft als eine der größten Exportwirtschaften der Welt sind daher ideale Prädispositionen, um die Vereinigten Staaten wieder enger an Europa und damit auch an Deutschland zu binden. Sie sind ebenfalls ein Vehikel, dem amerikanischen Unilateralismus innerhalb der NATO Einhalt zu gebieten. Mit anderen Worten, Deutschland genießt eine besondere Beziehung zu den USA und deutsche Außenpolitik besitzt daher indirekten politischen Einfluss in Washington. Im Gegenzug kann Deutschland genau diese Schlüsselstellung³ (*linchpin*) einsetzen, um Amerikas Wertschätzung innerhalb der EU zu erhöhen und die USA aus der transatlantischen Isolation herauszuholen.⁴ Mehr noch, diese Schlüsselstellung innerhalb des Bündnisses erlaubt es den Deutschen, zwischen den beiden transatlantischen Divergenten – den USA auf der einen und den Europäern auf der anderen Seite – zu vermitteln und damit transatlantische Divergenzen auszuräumen. Dies macht Deutschland zu einem Garant transatlantischer Beziehungen und wertet Deutschlands Rolle und Ansehen innerhalb der NATO auf,⁵ auch wenn die Bundesrepublik durch ihre Enthaltung im UN-Sicherheitsrat im Libyenkonflikt kurzfristig isoliert erschien.⁶

1 Ich bedanke mich bei Peter Schmidt, Elke Winter, und Peter Zyla für die hilfreiche Anregungen und Verbesserungsvorschläge.

2 Eine ausgiebige Diskussion findet sich z. B. in Calleo und Staal 1998; Frevert 2003; Germond und Tulürk 2008; Haglund 1991; Webber 1999. Die Fixierung auf Frankreich löste sich dann unter der Großen Koalition unter Angela Merkel auf (siehe Fröhlich 2006).

3 Diese besondere Stellung Deutschlands innerhalb von Europa ist breit anerkannt in der Literatur. Siehe hierzu: Katzenstein 1997; Rittberger 2001; Bulmer und Paterson 1996.

4 Schwarz zum Beispiel (2007) argumentiert, dass dies im Interesse von Deutschland und Europa wäre.

5 Nähere Ausführungen zum Ansehensverlust der USA finden sich in Hacke 2006, S. 31.

6 Die Geschichte hat gezeigt, dass sich deutsche Interessen am besten verkaufen lassen, wenn sie als europäisch definiert wurden (Hellmann 2007).

Der viel versprochene *change* unter Präsident Barack Obama ist hier als erster Anknüpfungspunkt zu verstehen. Er signalisierte die Bereitschaft der Amerikaner besonders in der Außenpolitik mehr auf die Verbündeten zuzugehen und diese in zentrale außen- und sicherheitspolitische Entscheidungen einzubeziehen (United States Senate 2009; United States Congress 2009). Die Regierung Obama hat verstanden, dass globale Herausforderungen nicht ausschließlich durch Konfrontation oder militärische Mittel zu lösen sind. Besonders die Probleme in den transatlantischen Beziehungen⁷ sind zu groß, zu komplex und zu vielfältig, als dass diese im Alleingang bewältigt werden können.⁸ Es gilt daher, die amerikanische Bereitschaft zum Neuanfang zu nutzen, und es wäre deshalb falsch, die Außenpolitik der ehemaligen Regierung zum Anlass zu nehmen, Amerika weiter in der Welt zu isolieren.

Die hier vorliegende Analyse beginnt mit einer kurzen Skizze historischer Trendlinien der transatlantischen Beziehungen seit der Wahl von George W. Bush zum Präsidenten im Jahre 2000, sowie einer kurzen Diskussion über die Kontinuität und Neuausrichtung transatlantischer Beziehungen unter Präsident Obama. Anschließend wird anhand von zwei Themengebieten (NATO und Afghanistan sowie den Beziehungen zu Russland) gezeigt, wie Deutschland seine Schlüsselrolle im Bündnis positiv nutzen kann, um transatlantische Antagonismen zu überwinden.

2 Historische Trendlinien transatlantischer Politik unter Bush

Besonders nach Beginn des Irakkrieges im Jahr 2003 genoss der Begriff „transatlantische Beziehungen“ einen negativen Beigeschmack in den außenpolitischen Schaltzentralen vieler EU Staaten. Die Schwierigkeiten wurden mit der als militärzentriert, unilateralistisch und engstirnig perzipierten Außen- und Sicherheitspolitik des ehemaligen Präsidenten George W. Bush verbunden.⁹ Daalder und Lindsay (2005) oder auch Woodward (2002, 2004, 2006) dokumentierten anschaulich, dass die militaristische Ausrichtung der Regierung Bush erst mit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 deutlich wurde. Die sogenannte „Bush Doktrin“, niedergeschrieben in der nationalen Sicherheitsstrategie aus dem Jahre 2002 (White House 2002) und revidiert in 2006, hatte weitreichende Folgen für das transatlantische Verhältnis und erntete heftige Kritik in Europa (Adamski et al. 2006). Sie wurde von prominenten Anhängern des Präsidenten, hauptsächlich von Bushs neokonservativen Statthaltern im Vize-Präsidialamt (Dick Cheney) und dem Pentagon (Donald Rumsfeld) hochlobend verteidigt, lauthals in der Welt propagiert und gepriesen.

Der Grundstein für eine bedeutende Änderung der amerikanischen Außenpolitik unter Bush wurde jedoch schon während des Präsidentschaftswahlkampfes gelegt. 1999 versprach Condoleezza Rice, dass die Außenpolitik der neuen Regierung mit den Leitlinien der Ära Clinton brechen werde (Rice 2000).¹⁰ Unter dem neuen Präsidenten, so Rice,

7 Eine gute Übersicht findet sich in Bertelsmann Foundation 2008.

8 Eine andere interessante Diskussion findet sich in Hacke 2006.

9 Eine exzellente Diskussion findet sich in Andrews 2005; Balis und Serfaty 2004.

10 Rice arbeitete damals als Wissenschaftlerin an der renommierten Stanford University, und wurde im Wahlkampf Bushs Beraterin in außenpolitischen Fragen.

würde die amerikanische Außenpolitik realistischer¹¹ ausfallen und sich stärker auf amerikanische Interessen in der Welt konzentrieren (Jervis 2005). Die USA müssten außerdem in der Lage sein, mehrere Kriege gleichzeitig zu führen (oder abzuwenden), Macht und Einfluss in die Welt zu projizieren und traditionelle Allianzen nach amerikanischen Interessen zu erneuern. Das Leben amerikanischer GI's aufs Spiel zu setzen, um amerikanische Außenpolitik sozusagen als „Sozialarbeit“ (Mandelbaum 1996; siehe auch Joffe 2000) zu betreiben, wie es die Regierung Clinton z. B. in Somalia oder Haiti getan habe, müsse ein Ende haben. Auch waren während der Amtszeit von George W. Bush Freunde und Partner sowie internationale Organisationen weniger wichtig als unter der Vorgängerregierung, und Europa verlor seine strategische Bedeutung für die Amerikaner (Kagan 2004; Heisbourg 2005; Martens 2005).

Dies ist nicht sonderlich verwunderlich, wenn man die Weltanschauung des Präsidenten – verstanden als die Summe von sozialen Wertvorstellungen – genauer betrachtet. Sie war geprägt von einer Sicht des internationalen Systems, in dem primär Territorialstaaten und deren militärischen Fähigkeiten den Ton angeben.¹² Die machtpolitische Währung im internationalen Staatensystem waren für Bush die Streitkräfte und nicht wirtschaftliche Verflechtungen oder diplomatisches Geschick. Staaten, so die Annahme, müssten sich in einem anarchischen internationalen System behaupten, in dem es kontinuierlich darum gehe, das Kräfteverhältnis zwischen Staaten zu wahren bzw. wieder herzustellen.¹³ Völkerrechtliche Normen zur Rechtmäßigkeit militärischer Interventionen sowie der Nutzen internationaler Regime, wie z. B. des Kyoto-Protokolls oder des Internationalen Strafgerichtshofs, traten unter Bush ebenfalls in den Hintergrund außenpolitischer Interessen (Jervis 2003). Ihnen wurde nur dann ein Platz in der Regierungsmaschinerie zuerkannt, wenn dies den Interessen der Vereinigten Staaten dienlich war. An diesen neuen Politikstil der Regierung Bush mussten sich die europäischen Regierungen damals erst gewöhnen, waren sie doch einen eher „liberalen Wind“ aus dem Weißen Haus gewöhnt, der ihnen mehr Gehör in wichtigen transatlantischen Fragen sicherte.

Entgegen mancher Behauptungen in der Presse war diese neue strategische Ausrichtung amerikanischer Außen- und Sicherheitspolitik jedoch *nicht* der Gegenstand europäischen Unmuts; es war die unilaterale Entscheidung der Amerikaner in den Irak einzumarschieren, dort die Regierung von Saddam Hussein zu stürzen und dabei den Willen des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen zu übergehen bzw. diesen zu belügen. Diese Invasion wurde unter dem Schirm des sogenannten *global war on terror* durchgeführt und fungierte als Eckpfeiler des amerikanischen Demokratiekreuzzuges im Mittleren und Nahen Osten (White House 2006). Alle anderen Objekte amerikanischer Außenpolitik wurden der Maxime der Terrorbekämpfung unterworfen. Im Kontext von 9/11 versuchte Washington so auch die transatlantische Allianz für ihre Interessen in der Welt zu instrumentalisieren und führte damit eine Destabilisierung und Spaltung innerhalb der

11 Das Wort *realistisch* wird hier verstanden in Anlehnung an die Theorie des Realismus in den Internationalen Beziehungen.

12 Eine gute Diskussion findet sich z. B. in Moens 2004.

13 In den internationalen Beziehungen ist dieses Phänomen auch bekannt als das Gleichgewicht der Kräfte (*balance of power*) zwischen Territorialstaaten (siehe z. B. Waltz 1979).

NATO sowie der EU herbei.¹⁴ Dies hatte weitreichende Folgen (Parmentier 2004), auch für Deutschland. Waren die Europäer und speziell die Deutschen unter Kanzler Gerhard Schröder unliebsam, wurden sie kurzer Hand missachtet oder ganz übergangen. Eine Studie des European Council on Foreign Relations bestätigt, dass die USA ihre europäischen Bündnispartner oft ignoriert, marginalisiert und gelegentlich gezielt gespalten haben: „Aus der Sicht Washingtons wirkt das Verhalten der europäischen Regierungen beinahe wie das von Kleinkindern. Es geht darum, Aufmerksamkeit zu erhalten“, urteilen Shapiro und Witney (2009, S. 12, eigene Übersetzung). So geriet auch das Projekt der gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik der EU ins Wanken, als ihr Hoher Repräsentant, Javier Solana, es zum wiederholten Male nicht schaffte, eine einheitliche europäische Linie in der Irakfrage herzustellen. Besonders junge Mitgliedsstaaten der Europäischen Union (z. B. Bulgarien, Estland, Litauen, Lettland, Polen, Slowenien, Tschechien, und Ungarn,) sowie einige alte Mitglieder (z. B. Dänemark, Großbritannien, Italien, Niederlande, Spanien) sowie die Türkei unterstützten den amerikanischen Feldzug gegen den Irak (Longhurst 2006) entgegen massiver politischer und völkerrechtlicher Vorbehalte (auch von Deutschland). Der deutsche Regierungschef polterte nur, dass über „existentielle Fragen der deutschen Nation“ (Schröder zit. n. Deutscher Bundestag 2002, S. 25583) in Berlin entschieden werde und signalisierte damit auch ein gewandeltes Selbstverständnis der Deutschen.¹⁵

3 Kontinuität oder Neuausrichtung unter Obama

Gewiss ist es schwierig, zwischen der Missbilligung der amerikanischen Außen- und Sicherheitspolitik und dem negativen Erscheinungsbild des ehemaligen Präsidenten Bush in der Weltöffentlichkeit genau zu unterscheiden.¹⁶ Ob es sich tatsächlich um eine ausgewiesene Amerikaverdrossenheit handelte oder aber um eine persönliche Antipathie gegenüber dem Politikstil des ehemaligen Präsidenten, wird wohl erst in ein paar Jahren zu klären sein.¹⁷ Dies übertüncht jedoch nicht den Schaden, der dem transatlantischen Verhältnis und den bilateralen deutsch-amerikanischen Beziehungen unter Bush beigefügt wurde (Haftendorn 2005). Die Krise in den transatlantischen Beziehungen sitzt tief,¹⁸ teilweise auch weil europäische Regierungen die Administration unter Bush dazu benutzt haben, um von den innenpolitischen Problemen in ihrem eigenen Land abzulenken. Gerhard Schröder ist in dieser Hinsicht ein interessantes Beispiel. Da seine Regie-

14 Während des sogenannten „Chocolate Summit“ im April 2003, haben sich Belgien, Frankreich, Deutschland, und Luxemburg darauf verständigt, ihre militärischen Beziehungen untereinander und außerhalb der NATO zu vertiefen. Darüber hinaus wurde vorgeschlagen, eine europäische Planungszelle als Alternative zur NATO zu schaffen. Eine exzellente Diskussion findet sich in Biscop 2004; Heisbourg 2004; Menon 2004.

15 Eine nähere Diskussion findet sich in Maull 2006; Bender 2008.

16 Siehe hierzu Glenn 2008; Katzenstein und Keohane 2007; Kurthen und Immerfall 2006; Chiozza 2009.

17 Eine gute Übersicht findet sich in Holsti 2008.

18 Siehe zum Beispiel die Debatte in Anderson et al. 2008.

rung aufgrund der Sozialstaatsreformen (u. a. der Agenda 2010) innenpolitisch heftig in die Kritik geraten war, versuchte der Kanzler im Wahlkampf 2005 mit außenpolitischen Themen und anti-amerikanischen Sentiments die Gunst der Wähler zu gewinnen (Dettke 2009). Dies führte zu einer rauerer Umgangsart in den deutsch-amerikanischen Beziehungen. Gegenseitiger Respekt und Abstimmung in zentralen Bündnisfragen verkamen zu Anstandsgesten und ersetzten damit konventionelle Praktiken deutsch-amerikanischer Diplomatie (Jacoby 2006). Die Verankerung Amerikas als fester Bestandteil deutscher Außenpolitik schien unter Schröder aufzuweichen. Die Bundesregierung manövrierte sich zunächst in eine von den Verbündeten isolierte Position und wurde zu einem Gegenpol der Amerikaner. Ähnlich war es mit den neuen Mitgliedern der EU, wie z. B. Polen, die sich innenpolitischen Profit von der Unterstützung der Amerikaner im Irak versprochen hatten (Adamski et al. 2006). In diesem Sinne wurde die Bush-Administration sowohl von den Befürwortern als auch den Gegnern zum emotionalen Sündenbock, zum *bad guy* der Allianz erkoren. Amerika wird aber weiterhin eine zentrale Rolle in der deutschen Außenpolitik spielen. Dafür sprechen folgende Argumente: Erstens: Amerika ist ein integraler Bestandteil der westlichen Zivilisation und bestimmt daher die politische, kulturelle und wirtschaftliche Einheit Deutschlands (Schwarz 2007). Zweitens: Amerika bleibt auf lange Sicht eine Vor- und Schutzmacht Deutschlands (Bender 2008), ganz besonders im Hinblick auf das steigende weltweite Konflikt- und Krisenpotential (Schöllgen 2004, S. 15). Die Beziehungen zu Amerika bedürfen daher Berlins Aufmerksamkeit und Pflege. Drittens: Nur eine vertiefte europäische Integration kann die Handlungsfähigkeit innerhalb der NATO stärken und damit die Voraussetzung für eine echte transatlantische Partnerschaft schaffen (Link 2004, S. 6–8).

Gewarnt sei auch vor der Annahme, wie oftmals in der deutschen Medienlandschaft propagiert (Gruber 2009), dass sich mit der Regierung Obama die transatlantische Gemeinschaft fundamental geändert hat. Der neue Präsident wurde nicht der „Schirmherr von Transatlantika“ oder gar der deutsch-amerikanischen Beziehungen, wie es sich manche Europäer gewünscht haben (Jäger 2009).¹⁹ Die strukturellen Determinanten und Traditionen amerikanischer Außenpolitik operieren auch unter Obama im Spannungsfeld zwischen multi- und unilateraler Politik. Bisher hat jede amerikanische Regierung seit der Gründung der USA – ungeachtet der Parteizugehörigkeit des Amtsinhabers – eine unilaterale Außenpolitik verfolgt. Das haben Walter Russel Mead und Walter McDougall in ihren Studien deutlich nachgewiesen (McDougall 1997; Mead 2001). Als Beispiel dafür kann die Amtszeit von Bill Clinton herangezogen werden, welcher sich 1998 nicht gescheut hat, unilateral und ohne die Zustimmung oder Anhörung des UN-Sicherheitsrates eine Chemiewaffenfabrik und terroristische Trainingscamps im Sudan auszulöschen. Daher ist anzunehmen, dass Präsident Obama, wie seine Vorgänger auch, Amerikas Interessen in den deutsch-amerikanischen Beziehungen auch weiterhin stringent vertreten und durchsetzen wird.

Was sich mit dem Amtsantritt von Präsident Obama gewiss geändert hat, ist der Politikstil. Erste Anzeichen dafür gab es bereits während der Feierlichkeiten zum 60. Jubiläum der NATO in Straßburg und Kehl. Hier trat Obama nicht wie sein Vorgänger Bush mit

¹⁹ Siehe auch Obama 2008.

einem „unilateralism with an attitude“, sondern mit einem „unilateralism with a smile“ (Sokolsky 2003, S. 5) auf. Was unterm Strich blieb, war allerdings ein amerikanischer Unilateralismus.

Auch ist zu erkennen, dass die Regierung Obama den Europäern weniger zugeneigt ist, als diese sich es erwünscht hatten (Cohen 2010; Bapat 2010). Die Distanz Amerikas zu Europa hat sich also unter Obama nicht sonderlich verringert. Nimmt man Afghanistan als Beispiel, bleibt festzuhalten, dass die Europäer nahezu genauso viele Finanzhilfen und Truppen zur Verfügung gestellt haben wie die Amerikaner (siehe unten). Dies hat jedoch nicht zu einem gesteigerten Einfluss der Europäer in Fragen der transatlantischen Strategie und Sicherheit geführt. Im Gegenteil. Es war der amerikanische Oberbefehlshaber General McChrystal, der den Präsidenten und nicht die Europäer um zusätzliche Truppenkontingente gebeten hat (International Institute for Strategic Studies 2009; International Crisis Group 2005). Auch bei der Frage der Zukunft Afghanistans nach den Präsidentschaftswahlen im Oktober 2009 blieben den Europäern weitestgehend Mitspracherechte verwehrt (Shapiro und Witney 2009). Auf Grund dessen sollte man keine „transatlantischen Wunder“ von Obama erwarten, auch nicht in den deutsch-amerikanischen Beziehungen.

4 Deutschlands Schlüsselposition im Management der transatlantischen Beziehungen

Basierend auf diesen historischen Grundzügen ergibt sich für Deutschland eine besondere Verantwortung, zu einer aktiven Gestaltung und Erneuerung der rostigen transatlantischen Beziehungen beizutragen. Dies soll anhand von zwei Themenkomplexen erläutert werden: der NATO in Afghanistan sowie den Beziehungen zu Russland.

Afghanistan und die Zukunft der NATO: Die Sorgenfalten der Alliierten bezüglich Afghanistan sitzen tief. Das Land am Hindukusch droht mehr denn je in einen blutigen Bürgerkrieg abzudriften, in dem sich die Taliban, regierungstreue Milizen und andere lokale Stämme gegenseitig bekämpfen. Afghanistan droht zu einem zweiten Irak zu werden, wenn nicht mehr für die innere Sicherheit und den Aufbau des Landes getan wird (Ruttig 2008; Schmidt 2008b; United States Department of Defense 2009; Dobbins 2007). Die Präsidentschaftswahlen im Oktober 2009 haben diese Unsicherheiten unterstrichen (Carter 2009; Bacevich 2008). Amerikas damaliger Oberkommandierender der multinationalen Streitkräfte im Irak, General David Petraeus²⁰, hatte an die amerikanische Regierung und seine Verbündeten appelliert, mehr nachhaltiges und substanzielles Engagement in Afghanistan zu zeigen, um die Spirale der Gewalt und das weitere Erstarken der Taliban und Al-Qaida-Milizen zu verhindern (Stewart und Entours 2009; Petraeus 2009). Dies war damals auch als ein Zeichen an die Verbündeten (auch Deutschland) zu verstehen, mehr für Afghanistan zu tun. Dieser amerikanische Politikstil, seine Partner innerhalb der NATO dezidiert und doch sehr direkt und auffordernd an ihre Pflichten als

20 Nach zwanzig Monaten Dienst als Kommandeur der U.S. Kommandozone Central Command wurde Petraeus am 4. Juli 2010 mit dem Oberbefehl über die NATO International Security and Assistance Force (ISAF) betraut.

Bündnispartner zu erinnern, ist als ein „Unilateralismus mit einem Lächeln“ zu bewerten. Er zielt darauf ab – nett und freundlich, aber gleichzeitig auch sehr bestimmend und zielgerichtet – den Europäern mehr Engagement und auch Bereitschaft zu militärischen Engagements abzuverlangen. Deutschland hat hier als drittgrößter Truppenbereitsteller in Afghanistan eine besondere Verantwortung, die Amerikaner zu unterstützen und seine europäischen Verbündeten zu mehr Engagement zu überreden.

Gleichzeitig muss aber der analytische Blick geschärft werden. Die zur Verfügung gestellten Truppen müssen im relativen und *nicht* im absoluten Kontext gesehen und interpretiert werden. Zum Zeitpunkt des Verfassens dieses Aufsatzes stellen die USA das mit Abstand größte Truppenkontingent (90.000) innerhalb der NATO von den derzeit 128.059 NATO-Truppen, die in Afghanistan im Einsatz sind. Dies entspricht einer Quote von 70,28 %.²¹ Die zweitstärksten Soldatenkontingente stellt das Vereinigte Königreich (9500; 7,42 % der Gesamtmenge), gefolgt von Deutschland (4812; 3,76 % der Gesamtmenge), Frankreich (3935; 3,07 % der Gesamtmenge), Italien (3880; 3,03 % der Gesamtmenge), und Kanada (2922; 2,28 % der Gesamtmenge). In der Gesamtbetrachtung bedeutet dies, dass die Europäer derzeit mehr Truppen in Afghanistan stationiert haben als auf dem Balkan in den Jahren um 1990. Darüber hinaus haben sie einen ähnlich hohen Anteil bzw. Prozentsatz an Verlusten zu beklagen.

Analytisch gesehen ist dieser einfache empirische Überblick jedoch trügerisch, da er keinen Bezug auf die Fähigkeiten der Staaten nimmt, ihre Streitkräfte nach Afghanistan zu senden. Daher müssen die ISAF-Kontingente als ein Prozentsatz der gesamten nationalen Streitkräfte berechnet werden, was ein ganz anderes Bild der Lastenverteilung in der ISAF-Mission ergibt. Dies ist eine berechnete mathematische Kalkulation, da ein Staat nur so viele Soldaten zu Auslandseinsätzen schicken kann, wie ihm anteilig insgesamt zur Verfügung stehen. Wenn man diese Berechnung durchführt, ergibt sich (s. Tab. 1), dass die Amerikaner 5,7 % ihrer gesamten nationalen Truppen in Afghanistan stationiert haben. Gefolgt werden sie von den Briten mit derzeit 5,41 %, Kanada mit 4,45 %, Estland mit 3,43 %, und der Tschechischen Republik als den *top five*. Deutschland ist mit 1,92 % auf Platz elf.

Dies bedeutet, dass die wahren atlantischen Trittbrettfahrer (*free-rider*) die Italiener, Franzosen, Spanier sowie die Türkei und Griechenland sind. Aber auch Deutschland fällt bei dieser Berechnung nur auf einen mittleren Rangplatz und profitiert mehr von dem *collective good* der Sicherheit und dem Frieden in Afghanistan, als dass es dafür zahlt. Es ist damit auch ein atlantischer *free-rider*. Zur Vollständigkeit sollte allerdings auch erwähnt werden, dass die Europäer einen Prozentsatz von 49,58 % aller Truppen in Afghanistan schultern.

Drei andere Themen werden der Bundesregierung ebenso zu schaffen machen. Da sind zum einen die wiederholten Forderungen anderer Alliierten, insbesondere der Kanadier und Amerikaner, die einen hohen Blutzoll ihrerseits im Süden des Landes zahlen, das deutsche Mandat für Afghanistan auszuweiten und einen Kampfeinsatz der Bundeswehr im Süden zuzulassen (Schmitz 2008). Deutschland ist zwar nach den Amerikanern und Briten einer der größten absoluten Truppenbereitsteller der 128.059 Mann starken NATO

21 Als Informationsbasis dienen NATO Statistiken, die zu finden sind unter <http://www.isaf.nato.int/troop-numbers-and-contributions/index.php>. Zugegriffen: 24. Okt. 2011.

Tab. 1: Truppenstärke der NATO-Mitglieder in Afghanistan. (Quelle: eigene Darstellung nach North Atlantic Treaty Organisation 2010–2011)

Land	Truppenstärke in Afghanistan am 06.06.2011	% der Gesamtstärke aller ISAF Truppen	Gesamtgröße nationaler Armeen	% der bereitgestellten Truppen für ISAF als Teil der Gesamtgröße nationaler Streitkräfte	Rang
USA	90.000	70,28	1.580.255	5,70	1
Großbritannien	9500	7,42	175.690	5,41	2
Kanada	2922	2,28	65.722	4,45	3
Estland	163	0,13	4.750	3,43	4
Tschechien	519	0,41	17.932	2,89	5
Dänemark	750	0,59	26.585	2,82	6
Litauen	237	0,19	8.850	2,68	7
Rumänien	1938	1,51	73.350	2,64	8
Polen	2560	2,00	100.000	2,56	9
Lettland	139	0,11	5.745	2,42	10
Deutschland	4812	3,76	250.613	1,92	11
Slowakei	308	0,24	16.531	1,86	12
Albanien	260	0,20	14.295	1,82	13
Bulgarien	602	0,47	34.975	1,72	14
Kroatien	320	0,25	18.600	1,72	15
Norwegen	406	0,32	24.025	1,69	16
Italien	3880	3,03	293.202	1,32	17
Belgien	507	0,40	38.452	1,32	18
Ungarn	383	0,30	29.450	1,30	19
Spanien	1552	1,21	128.013	1,21	20
Frankreich	3935	3,07	352.771	1,12	21
Slowenien	80	0,06	7.200	1,11	22
Luxemburg	9	0,01	900	1,00	23
Niederlande	192	0,15	46.882	0,41	24
Türkei	1786	1,39	510.600	0,35	25
Portugal	133	0,10	43.330	0,31	26
Griechenland	162	0,13	156.600	0,10	27
Island	4	0,00	0	0,00	28
Total NATO	128.059	100,00	4.025.318	55,28	28

ISAF-Truppe, hat aber im Vergleich zu seinen Verbündeten wegen seiner restriktiven Einsatzregeln (*rules of engagement*) und Stationierung im Norden von Afghanistan erheblich weniger Verluste zu beklagen. Im Vergleich zu den 53 deutschen Soldaten sind 158 Kanadier, 1833 Amerikaner, und 385 Briten bisher getötet worden, die alle im Süden des Landes gekämpft haben.²² Dieses Ungleichgewicht wird speziell von den Nordamerikanern missbilligt (Alberts 2009). Die Debatte um mehr Engagement der Deutschen in Afghanistan könnte die Bundesregierung daher innen- sowie außenpolitisch in Bedrängnis bringen. Zwar dominieren derzeit innenpolitische Themen wie z. B. die Stabilisierung des Euros, die Pleite Griechenlands, Panzerexporte nach Saudi-Arabien, Steuererleichterungen sowie die Energiewende das aktuelle politische Tagesgeschäft. Ein Anwachsen der Gewalt in Afghanistan könnte den Einsatz der Bundeswehr dort jedoch schnell wieder zurück auf die Tagesordnung bringen und damit die deutsche Öffentlichkeit negativ stimmen. Die Mehrheit der Deutschen, glaubt man einschlägigen Umfragen²³, steht dem Afghanistaneinsatz der Bundeswehr nach wie vor skeptisch gegenüber. Auch ist allseits bekannt, dass die Regierung bisher nur ein Minimum unternommen hat, die Bürger über den Afghanistaneinsatz zu informieren. Anders ausgedrückt, ein Drängen der Amerikaner auf mehr deutsche Soldaten in Afghanistan hat das Potenzial, zu einem Destabilisierungsfaktor für die deutsche Außenpolitik zu werden und damit auch das deutsch-amerikanische Verhältnis zu belasten, besonders vor dem Hintergrund, dass die Deutschen sich bei der Abstimmung über die UN-Resolution bezüglich Libyen enthalten haben. Ein größeres Engagement der Deutschen – zivil, militärisch oder beides – würde diese kritischen Stimmen beruhigen.

Auch erlauben es die deutschen Einsatzrichtlinien der Bundeswehr nur in extremen Ausnahmesituationen außerhalb der Provinzen Kunduz und Badakhshan im Norden militärisch zu agieren (*caveats*). Ein Weg, sich einem solchen Bestreben und Druck der Amerikaner zu entziehen, wäre die Zusage Berlins, das zivile Engagement, speziell beim Training afghanischer Soldaten und der Polizei weiter auszuweiten sowie den zivilen Aufbau generell stärker zu unterstützen. Genau diese Fähigkeiten und Tatkraft sind derzeit in dem Land am Hindukusch gefragt. Darüber hinaus würde sich ein solches positives Engagement der Deutschen auch positiv auf die Diskussion der Lastenverteilung innerhalb der NATO niederschlagen. Bereits in 2008 wurde die Wiederaufbauhilfe um 40 Mio. € auf 140 Mio. insgesamt erhöht. Eine ähnliche Summe stellte die Bundesregierung auch in 2009 bereit. Für den Polizeiaufbau wurden die Mittel auf 37,5 Mio. € verdreifacht. Glaubte man jedoch den einschlägigen Studien, ist dieser Betrag nicht annähernd genug, um langfristig Frieden zu schaffen (Cordesman 2002; Donini et al. 2004; Feichtinger 2003; Jones 2006; Marsden 2003). Mit anderen Worten, ein besserer deutscher Ausbau der zivilen Hilfe für Afghanistan kann sowohl den Druck nach mehr Soldaten für Afghanistan als auch die Skepsis innerhalb der deutschen Bevölkerung gegenüber dem Einsatz der Bundeswehr mildern und damit Deutschlands Schlüsselrolle in den transatlantischen Beziehungen stärken. Was bei der NATO und auch Deutschland fehlt, ist ein politischer *surge*, eine politische Kraftanstrengung für mehr zivilen Aufbau in Afghanistan. Daran hat auch das 2010 verabschiedete neue Strategische Konzept der NATO nichts geändert.

22 Siehe www.icasualties.org; Stand: 26. Juni 2011.

23 Siehe SOWI 2011

Deutschland kann diese Anstrengung aufgrund seines geopolitischen Gewichts anstoßen und aktiv gestalten.

Was es bei aller Kritik an der derzeitigen NATO-Strategie in Afghanistan und den Amerikanern im Besonderen für die Deutschen zu verstehen gibt, ist, dass ein Scheitern der USA in Afghanistan und im Irak nicht im Interesse Deutschlands und Europas liegt. Würde dieser Fall eintreten, wären die Europäer gefordert, das Erbe Amerikas dort zu schultern und mehr Truppen und Gerät nach Afghanistan zu schicken. Dieser Einsatz, vergleicht man ihn mit den Erfahrungen der Amerikaner, Kanadier und Briten in Afghanistan, würde aller Wahrscheinlichkeit nach einen hohen Blutzoll der Europäer fordern und damit im Umkehrschluss einen nachhaltigen Aufruhr besonders innerhalb der deutschen Bevölkerung hervorrufen. Daher hat Deutschland in gewisser Weise ein Interesse daran, die Amerikaner in ihrer Position als Supermacht zu unterstützen, den Status Quo zu erhalten und bei seinen europäischen Freunden und Partnern für mehr ziviles Engagement zu werben.²⁴

Passend zu den Feierlichkeiten des 60. Geburtstages der NATO in Straßburg und Kehl im Frühjahr 2009 wurde drittens eine Diskussion über die Zukunft der Allianz angestoßen.²⁵ Es waren schon mehrfach Stimmen laut geworden, die danach verlangten, das strategische Konzept der NATO von 1999 endlich zu überarbeiten und die neuerlichen Gefahren des internationalen Terrorismus und so genannter *failed states* stärker als bisher einzuarbeiten (Park 2009). Gerade bei diesem Thema klaffen transatlantische Positionen trotz des neuen Strategischen Konzeptes von 2011 auseinander (Kammel und Zyla 2011). Besonders schwierig ist es nach wie vor, die Amerikaner von den europäischen Methoden der Terrorismusbekämpfung zu überzeugen. Hier spielen Deutschlands Erfahrungen mit terroristischen Vereinigungen wie z. B. der Baader-Meinhof-Gruppe eine wichtige Rolle. Zum einen haben Deutschland und andere europäische Staaten ein anderes Verständnis von Terrorismus. Sie sehen diesen primär als eine Herausforderung für die Polizei und die Innenpolitik und nicht für die Streitkräfte, wie dies die USA tun. Die Terrorismusforschung hat uns gelehrt, dass man das Phänomen Terrorismus generell (1) militärisch, d. h. als einen Akt des Krieges, (2) als eine kriminelle Aktivität oder (3) als eine interne gesellschaftliche Anomalie betrachten kann.²⁶ Ausgehend von dieser Kategorisierung und Betrachtungsweise ergeben sich drei unterschiedliche Handlungsszenarien für die praktische Terrorismusbekämpfung.

Versteht man diesen als eine militärische Aktivität, ergibt sich als Handlungsweise ebenfalls militärischer Aktionismus in dem Sinne, dass man Streitkräfte einsetzt, um Terroristen zu jagen oder gar zu töten wie dies die Bush Regierung praktiziert hat und unter Barack Obama fortgesetzt wird. Aus dieser Betrachtungsweise resultiert auch die

24 Eine historische Analyse, wie die internationale Staatengemeinschaft zunehmend mehr Engagement von Deutschland in der Welt verlangt hat, findet sich z. B. in Montgomery und Rondinelli 2004; Schöllgen 2000.

25 Zuvor wurde mehrmals von dem Generalsekretär selber das Fehlen einer atlantischen Diskussionskultur beklagt. Siehe z. B. die Rede von NATO-Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer bei der DGAP in Berlin am 11. Mai 2005. <http://www.nato.int/docu/speech/2005/s050511c.htm>. Zugegriffen: 24. Okt. 2011.

26 Eine gute Übersicht findet sich in Kiras 2007.

Strategie der USA des *war against terror*. Sieht man den Terrorismus allerdings als eine kriminelle Aktivität, geht man von der Annahme aus, dass sich Kriminalität in einer Gesellschaft nie ganz auslöschen und nur mit Polizeiarbeit eindämmen bzw. zurückdrängen lässt. Perzipiert man Terroristen hingegen als eine „Krankheit“ der Gesellschaft, fragt man hauptsächlich nach den Ursachen und Wirkungen dieser Krankheit; man geht also wie ein Mediziner den Symptomen auf den Grund und behandelt diese entsprechend bis Linderung eintritt. Wie bei herkömmlichen Krankheitsverläufen vergehen die Krankheitsmerkmale nach einiger Zeit.

Das Problem besteht insgesamt darin, dass die Europäer und Amerikaner ein unterschiedliches Verständnis von Terrorismus haben und damit ein unterschiedliches Verständnis, wie man mit der Bedrohung durch Terroristen umgehen soll. Die Europäer und Deutschland im Besonderen sehen diese mehr als ein polizeiliches denn als ein militärisches Problem an (Bender 2008). Es gilt daher, die Amerikaner von den deutschen Methoden der Terrorismusbekämpfung zu überzeugen.

Zur Debatte über die Zukunft der NATO gehört auch die Diskussion über die zukünftige Rolle der Allianz in Fragen der internationalen Sicherheit sowie die Zukunft der sogenannten *Out-of-area*-Operationen – also solchen, die außerhalb des ursprünglichen Vertragsgebietes durchgeführt werden. Wie die Verhandlungen über das neue strategische Konzept der NATO gezeigt haben, stößt der amerikanische Vorschlag, die NATO zu einer globalen Einsatzarmee zu machen, bei den Europäern eher auf Abneigung, da viele Staaten in Zeiten knapper öffentlicher Kassen und wirtschaftlicher Flaute dies nicht gegenüber ihren Wählern verantworten wollen. Auch Deutschland reagierte hier eher reserviert, auch aufgrund der Abschaffung der Wehrpflicht. Zwar steht im Weißbuch der Bundeswehr, dass die Bundeswehr zunehmend eine Einsatzarmee werden soll (Bundesministerium der Verteidigung 2006), doch lässt sich hinter dieser Vorstellung bisher kein entschiedener politischer Wille erkennen (Schmidt 2008a). Ähnlich ist es in anderen Staaten der EU. Es gilt daher, die Amerikaner zu engeren Konsultationen in dieser Frage zu bewegen, da sich die Besonderheit der NATO nicht ausschließlich aus ihren militärischen Fähigkeiten ergibt, sondern aus einer Kombination von militärischen Fähigkeiten der USA sowie europäischem politischen und ökonomischen Gewicht (Brzezinski 2009). Gerade bei der europäischen und wirtschaftlichen Komponente hat Deutschland, als einer der Motoren der europäischen Integration und Exportnation, eine Schlüsselstellung inne.

Russland: Deutschland hat nicht nur aufgrund seiner energiepolitischen Abhängigkeit von Russland, sondern auch wegen seiner engen politischen Beziehungen nach Moskau eine Schlüsselstellung zwischen Amerika und Russland inne. Es ist eng verbunden mit beiden und kann daher eine gesonderte Funktion einnehmen. Der Westen und Russland brauchen einander, speziell in geopolitischen Fragen, wie z. B. Afghanistan, Nordkorea, beim Kampf gegen internationale Piraterie, der Frage um die Unabhängigkeit des Kosovo, dem Krieg gegen den Terror sowie bei der Verhinderung der Proliferation von Massenvernichtungswaffen im Iran. In vielen dieser Fragen brauchen die NATO und speziell die Vereinigten Staaten zumindest die indirekte Unterstützung Russlands, da es ein permanentes Mitglied des UN-Sicherheitsrates ist. Die Bundesrepublik könnte also als Bindeglied zwischen beiden Seiten fungieren, da es Wertschätzung in Moskau genießt und einfachen Zugang zum Kreml hat. Berlin könnte sich geschickt als Moderator bei diesen Themen positionieren und seine internen Kommunikationskanäle mit Moskau nut-

zen. Dieser diplomatische Schachzug würde auch dabei helfen, Russland weiter in das westliche Staatensystem einzubinden und nicht weiter zu isolieren. Ein antagonistisches Verhalten des Westens gegenüber Russland würde nichts an Moskaus Machtbestreben ändern, sondern dies nur noch weiter vorantreiben (The American Institute for Contemporary German Studies 2008).

Die wirtschaftliche Bedeutung Russlands für Europa und damit auch für Deutschland ergibt sich aus seiner Wichtigkeit als Energielieferant für Westeuropa. Aufgrund seiner Gasvorkommen avancierte Russland Anfang der 1990er Jahre zu einem der Hauptlieferanten für Erdgas in Westeuropa. Deutschland z. B. bezieht 46 % seines Erdgases und 36 % des Erdölbedarfs aus Russland (U.S. Energy Information Administration 2008). Russlands Rohstoffe sind also in Deutschland gefragt, wodurch Moskau aufgrund des hohen Ölpreises eine Menge Geld verdient und die Bundesrepublik dadurch gleichzeitig politischen Einfluss gewonnen hat. Bei den fallenden Preisen für Russlands Rohstoffe liegt aber auch eines seiner Probleme. Der Fall des Rohölpreises in 2009 hat dazu geführt, dass weniger Geld in Russlands staatliche Kassen gespült wurden. Zudem hat der Aktienkurs von Gazprom 76 % gegenüber dem letzten Jahr verloren. Auf der anderen Seite ist der russische Markt für die deutsche Exportwirtschaft interessant geworden und bietet damit in wirtschaftlich schweren Zeiten gute Absatzmöglichkeiten für deutsche Produkte. Zu denken ist hier vor allem an Luxusgüter oder Premium-Automarken wie z. B. Audi, BMW oder Mercedes-Benz. Politisch gesehen braucht Russland daher den Westen, um seine maroden Förder- und Transportwege zu erneuern und neue Gas- und Ölfelder zu erschließen. Denn genau dazu fehlen das nötige Geld und die Technologie. Deutschland hat beides und hat damit eine Schlüsselstellung.

Dass Russland auch kooperativ sein und mit der westlichen Welt an einem Strang ziehen kann, zeigt dessen Rolle in der Iran- und Afghanistanfrage. Bei den Bemühungen der internationalen Gemeinschaft im UN-Sicherheitsrat haben Deutschland, Frankreich, Großbritannien sowie der damalige Hohe Repräsentant der EU, Javier Solana, gemeinsam mit ihren Außenministerkollegen aus den USA, Russland und China dem Iran 2008 ein umfassendes Kooperationsangebot vorgelegt, welches den Iranern wirtschaftliche, politische und zivile nukleare Zusammenarbeit anbot. Im Gegenzug wurde eine Aussetzung der Urananreicherung sowie die Bereitschaft, internationale Inspektoren ins Land zu lassen, erwartet. Der Iran war auf dieses Angebot nicht eingegangen, was zur Folge hatte, dass der Sicherheitsrat mit Zustimmung von Russland und China völkerrechtlich verbindliche Sanktionen beschlossen hat. Dazu gehört auch die Einfrierung iranischer Konten im Ausland. Das Potenzial dieses Konfliktes mit dem Iran ist auch für Deutschland nicht zu unterschätzen. Im Januar 2009 wurde in der *New York Times* bekannt, dass Israel die USA um Spezialbomben zur Zerstörung von unterirdischen Bunkern sowie Überflugrechte über irakisches Hoheitsgebiet gebeten hat (Sanger 2009). Um die nukleare Anreicherungsanlage in Natanz von Israel aus zu erreichen, führt der kürzeste Flugweg über den Irak. Die Amerikaner, besorgt um israelische Alleingänge und Übermut, haben diesen Wünschen noch unter der Regierung Bush entschieden widersprochen. Statt dessen, glaubt man Medienberichten, hat der ehemalige Präsident Bush verdeckte Operationen der Central Intelligence Agency (CIA) angeordnet mit dem Ziel, Irans Nuklearanreicherung sowie deren Nachschubwege zu sabotieren (Sanger 2009).

Für Deutschland ist das Ringen mit dem Iran in dreifacher Hinsicht brisant. Im Falle eines Scheiterns der Gespräche müsste Deutschland eine diplomatische Niederlage eingestehen, wonach es derzeit sehr aussieht. Das letzte Gespräch mit dem Iran, welches angeführt wurde von den Außenministern Deutschlands, Frankreichs und Großbritanniens sowie dem damaligen Hohen Repräsentant der EU gemeinsam mit ihren Kollegen aus den USA, Russland und China (E3+3 genannt), bot dem Iran ein umfassendes Kooperationsangebot an. Diese Gespräche sind seit dem letzten Treffen in Istanbul im Januar 2011 ins Stocken geraten. Außerdem unterhalten die Deutschen intensive Wirtschaftsbeziehungen zum Iran. Schärfere und über die derzeit existierenden wirtschaftlichen Sanktionen hinausgehende Sanktionen, wie nach dem jüngsten Bericht der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) von manchen gefordert, würden damit auch die deutsche Exportwirtschaft treffen. Darüber hinaus würde die Bundesregierung im Falle eines israelischen Militärschlages oder einer militärischen Operation im Iran leicht in einen außenpolitischen Zwiespalt geraten, in dem sie sich entscheiden müsste, entweder Israel öffentlich zu unterstützen oder schroff in die Schranken zu weisen. Beides sind keine wünschenswerten Optionen.

5 Schlussbetrachtung

Noch während des Wahlkampfes hatte Barack Obama mehrfach betont, dass er nicht zögern würde, Gewalt anzuwenden, wenn dies notwendig und amerikanischen Interessen in der Welt dienlich sei (Cohen 2009). Der amerikanische Unilateralismus wird daher in naher Zukunft weiterhin ein fester Bestandteil transatlantischer Beziehungen sein. Was sich unter Präsident Obama geändert hat, ist die Gestik und Rhetorik, mit der Amerikas Diplomatie ihre Interessen artikuliert. Sie werden nun mit einem netten und charmanten Lächeln vorgetragen und nicht mehr mit einer arroganten Attitüde, wie dies die Vorgängerregierung praktiziert hat. Was bleibt ist allerdings amerikanischer Unilateralismus.

Unbestritten ist nach wie vor, dass die amerikanische Option als erste Maxime deutscher Außenpolitik weiterhin ihre Gültigkeit hat. Die Wiederherstellung und Pflege des transatlantischen Verhältnisses hat somit auch unter einem Präsidenten Obama höchste Priorität. Auch ist es nicht im deutschen Interesse, die Amerikaner noch weiter in der Welt isoliert zu sehen, denn auch Deutschland profitiert von der Stellung der USA als Supermacht und ihrem geopolitischen Einfluss. Die Amerikaner halten damit den Deutschen den Rücken in anderen außenpolitischen Fragen frei. Entscheidend ist daher nicht die Zentralität der USA in der deutschen Außenpolitik, sondern die politischen Instrumente und Methoden, mit denen eine Erneuerung der Beziehungen zu Amerika nach dem Irakkrieg erreicht werden können. Hierzu hat der vorliegende Aufsatz einen Beitrag geleistet. Deutschland, so das Argument, hat bei drei zentralen Themen eine Schlüsselstellung: bei der Zukunft der NATO, der ISAF Mission in Afghanistan sowie den Beziehungen zu Russland. Deutsche Außenpolitik kann daher aktiv zu einer Beruhigung in dem gespannten Verhältnis beitragen sowie dabei helfen, Amerika in der NATO zu rehabilitieren (Neuhäuser 2006, S. 40). Die USA, das ist unbestritten, brauchen bei den oben beschriebenen Fragen zur internationalen Sicherheit die aktive Unterstützung der Europäer, speziell Deutschlands. Zu denken ist hier etwa auch an das Raketenabwehrsystem, welches in Osteuropa ins-

talliert werden soll. Im Gegenzug braucht Deutschland aber auch die enge Kooperation mit seinem amerikanischen Verbündeten, um in diesen Fragen als verantwortungsvoller geopolitischer Akteur in der Welt ernst genommen zu werden. Dabei steht nicht weniger als Deutschlands Reputation und Ansehen in der Welt auf dem Spiel, ganz besonders bei den Verhandlungen um das iranische Atomprogramm. Auch bei der Frage der NATO-Erweiterung sowie dem Umgang mit Russland wird viel von Deutschland erwartet. Dabei muss Berlin geschickt zwischen atlantischen und europäischen Interessen vermitteln, um nicht gezwungen zu werden, Position zu beziehen und sich damit politisch festzulegen. Deutschland hat sich bei weltpolitischen Fragen weit aus dem Fenster gelehnt, jetzt gilt es auch Ergebnisse zu liefern, und sich stärker in der Welt zu engagieren.

Literatur

- Adamski, J., Johnson, M. T., & Schweiss, C. (Hrsg.). (2006). *Old Europe, new security: Evolution for a complex world*. Aldershot: Ashgate.
- Alberts, S. (2009, 6. März). More NATO troops needed for Afghanistan success: MacKay. *The National Post*.
- Anderson, J., Ikenberry, G., & Risse, T. (Hrsg.). (2008). *The End of the West?: Crisis and change in the Atlantic order*. Ithaca: Cornell University Press.
- Andrews, D. M. (2005). *The Atlantic Alliance under stress: Us-European relations after Iraq*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Bacevich, A. J. (2008). The Petraeus Doctrine. *The Atlantic Monthly*.
- Balis, C. V., & Serfaty, S. (2004). *Visions of America and Europe: September 11, Iraq, and transatlantic relations*. Washington: CSIS Press.
- Bapat, N. A. (2010). A game theoretic analysis of the Afghan surge. *Foreign Policy Analysis*, 6(3), 217–236.
- Bender, P. (2008). Deutsche Außenpolitik: Vernunft und Schwäche. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 43, 3–6.
- Bertelsmann Foundation. (2008). *Trans-Atlantic briefing book: Managing expectations, expanding the partnership, shaping the agenda for 2009*. Washington: Bertelsmann Foundation.
- Biscop, S. (2004). Able and willing? Assessing the Eu's capacity for military action. *European Foreign Affairs Review*, 9, 509–527.
- Brzezinski, Z. (2009). An agenda for NATO. *Foreign Affairs*, 88(5), 2–20.
- Bulmer, S., & Paterson, W. E. (1996). Germany in the European Union: Gentle giant or emergent leader? *International Affairs*, 72(1), 9–32.
- Bundesministerium der Verteidigung. (2006). *Weißbuch 2006 Zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr*. Berlin: Bundesministerium der Verteidigung.
- Calleo, D. P., & Staal, E. R. (1998). *Europe's Franco-German engine*. Washington: Brookings Institution Press.
- Carter, S. (2009). Tipping point for Afghanistan? *Public Policy Research*, 16(3), 143–149.
- Chiozza, G. (2009). *Anti-Americanism and the American world order*. Baltimore: Johns Hopkins University Press.
- Cohen, E. (2009, 3. Aug.). What's different about the Obama Foreign Policy? *Wall Street Journal*.
- Cohen, R. (2010, 6. Sep.). Europe and Benign neglect. *The New York Times*.
- Cordesman, A. H. (2002). *The lessons of Afghanistan: War fighting, intelligence, and force transformation*. Washington: Centre for Strategic and International Studies.
- Daalder, I. H., & Lindsay, J. M. (2005). *America unbound: The Bush revolution in foreign policy*. Hoboken: Wiley.

- Dettke, D. (2009). *Germany Says „No“: The Iraq war and the future of german foreign and security policy*. Washington: Woodrow Wilson Center Press.
- Deutscher Bundestag. (2002). Plenarprotokoll der 253. Sitzung des Deutschen Bundestages am 13. September 2002.
- Dobbins, J. (2007). Ending Afghanistan's civil war. http://www.rand.org/pubs/testimonies/2007/RAND_CT276.pdf. Zugegriffen: 22. Nov. 2011.
- Donini, A., Niland, N., & Wermester, K. (Hrsg.). (2004). *Nation-Building Unraveled?: Aid, peace and justice in Afghanistan*. Bloomfield: CT Kumarian Press.
- Feichtinger, W. (2003). Ein Jahr ‚Krieg gegen Terror‘ in Afghanistan: ‚Alter‘ Krieg mit neuen Waffen? *Oesterreichische Militaerische Zeitschrift*, 41(2), 163–172.
- Frevert, U. (2003). *Vertrauen: Historische Annäherungen*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprech.
- Fröhlich, S. (2006). Außenpolitik: Mehr als nur ein Stilwechsel? In R. Sturm & H. Pehle (Hrsg.), *Wege aus Der Krise? Die Agenda der zweiten großen Koalition* (S. 221–238). Opladen: Budrich.
- Germond, C., & Tulürk, H. (2008). *A history of franco-german relations in Europe: From „Hereditary Enemies“ to partners*. New York: Palgrave Macmillan.
- Glenn, J. K. (2008). *Will America's image recover in Europe? Understanding public opinion since 9/11*. Washington: The German Marshall Fund of the United States.
- Gruber, P. (2009, 28. Apr.). ‚Barack Obama: Wie ‚Mr. Change‘ Amerika verändert hat‘. *Focus*. http://www.focus.de/politik/ausland/tid-14082/barack-obama-wie-mr-change-amerika-veraendert-hat_aid_393703.html. Zugegriffen: 14. Nov. 2011.
- Hacke, C. (1997). *Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Weltmacht wider Willen?* Frankfurt a. M.: Ullstein.
- Hacke, C. (2006) Deutsche Außenpolitik unter Bundeskanzlerin Merkel. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 43, 30–37.
- Haftendorn, H. (2005). Das atlantische Bündnis als Transmissionsriemen atlantischer Politik. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 38–39, 8–15.
- Haglund, D. G. (1991). *Alliance within the alliance?: Franco-German military cooperation and the european pillar of defense*. Boulder: Westview Press.
- Hanrieder, W. F. (1991). *Deutschland, Europa, Amerika. Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949–1989*. Paderborn: Schöningh.
- Heisbourg, F. (2005). Von der Atlantischen Allianz zur europäisch- amerikanischen Partnerschaft. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 38–39, 3–8.
- Heisbourg, F. (2004). The French-German duo and the search for a new european security model. *International Spectator*, 39(3), 61–72.
- Hellmann, G. (2007). Deutschland, Europa und der Osten. *Internationale Politik*, 3, 21–28.
- Holsti, O. R. (2008). *To see ourselves as others see us: How publics abroad view the United States after 9/11*. Michigan: University of Michigan Press.
- International Crisis Group. (2005). Afghanistan elections: Endgame or new beginning? <http://www.crisisgroup.org/en/regions/asia/south-asia/afghanistan/101-afghanistan-elections-endgame-or-new-beginning.aspx>. Zugegriffen: 22. Nov. 2011.
- International Institute for Strategic Studies. (2009). Obama's War in Afghanistan: Troop increase will help, but new strategy faces big challenges. *Strategic Comments*, 15(10), 1–2.
- Jacoby, W. (2006). German transatlanticism: Between narcissism and nostalgia. In J. Baylis & J. Roper (Hrsg.), *The United States and Europe: Beyond the neo-conservative divide?* (S. 55–71). New York: Routledge.
- Jäger, T. (2009). Alles anders mit Obama? *Berliner Republik*. <http://www.b-republik.de/archiv/alles-anders-mit-obama>. Zugegriffen: 14. Nov. 2011.
- Jervis, R. (2005). *American foreign policy in a new era*. New York: Routledge.
- Jervis, R. (2003). Understanding the Bush Doctrine. *Political Science Quarterly*, 118, 365–388.

- Joffe, J. (2000). Clinton's world: Purpose, policy, and weltanschauung. *The Washington Quarterly*, 24(1), 141–154.
- Jones, S. G. (2006). Averting failure in Afghanistan. *Survival*, 48(1), 111–127.
- Kagan, R. (2004). *Of paradise and power: America and Europe in the new world order*. New York: Vintage Books.
- Kammel, A., & Zyla, B. (2111). Looking For A ‚Berlin-Plus In Reverse‘? Nato in search of a new strategic concept. *Orbis*, 55(4), 648–662.
- Katzenstein, P. J. (1997). United Germany in an integrating Europe. *Current History*, 96(March), 116–123.
- Katzenstein, P. J., & Keohane, R. O. (2007). *Anti-Americanisms in world politics*. Ithaca: Cornell University Press.
- Kiras, J. D. (2007). Irregular Warfare: Terrorism and insurgency. In J. Baylis (Hrsg.), *Strategy in the contemporary world: An introduction to strategic studies* (S. 163–191). Oxford: Oxford University Press.
- Kurthen, H., & Immerfall, S. (2006). *Safeguarding German-American relations in the new century: Understanding and accepting mutual differences*. Lanham: Lexington Books.
- Link, W. (2004). Grundlinien der außenpolitischen Orientierung Deutschlands. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 11, 3–8.
- Longhurst, K. (2006). The old and the new: Germany, Poland and the recalibration of transatlantic security relations. In J. Baylis & J. Roper (Hrsg.), *The United States and Europe: Beyond the Neoconservative divide?*. Abingdon: Routledge.
- Mandelbaum, M. (1996). Foreign policy as social work. *Foreign Affairs*, January/February, 16–32.
- Marsden, P. (2003). Afghanistan: The reconstruction process. *International Affairs*, 79(1), 91–105.
- Martens, S. (2005). Die Zukunft Der Transatlantischen Beziehungen. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 38–39, 31–37.
- Maull, H. (2006). *Germany's uncertain power: Foreign policy of the Berlin republic*. Basingstoke: Palgrave.
- McDougall, W. A. (1997). *Promised land, crusader state: The American encounter with the world since 1776*. Boston: Houghton Mifflin.
- Mead, W. R. (2001). *Special providence: American foreign policy and how it changed the world*. New York: Knopf.
- Menon, A. (2004). From crisis to catharsis: ESDP after Iraq. *International affairs*, 80(4), 631–648.
- Moens, A. (2004). *The foreign policy of George W. Bush: Values, strategy and loyalty*. Aldershot: Ashgate.
- Montgomery, J. D., & Rondinelli D. A. (Hrsg.). (2004). *Beyond reconstruction in Afghanistan: Lessons from development*. New York: Palgrave.
- Neuhäuser, A. (2006). Von der Entfremdung zur Wiederannäherung: zum Bestand der transatlantischen Beziehungen. *Politische Meinung*, 44, 38–42.
- North Atlantic Treaty Organisation. (2010–2011). <http://www.isaf.nato.int/isaf-placemat-archives.html>. Zugegriffen: 17. Nov. 2011.
- Obama, B. (2008, 7. Juni). Wenn die Hoffnung übertreibt. *Handelsblatt*.
- Parmentier, G. (2004). Diverging visions: France and the United States after September 11. In C. V. Balis & S. Serfaty (Hrsg.), *Visions of America and Europe: September 11, Iraq, and transatlantic relations* (S. 116–136). Washington: CSIS Press.
- Petraeus, D. H. (2009, 8. Feb.). The future of the alliance and the mission in Afghanistan. Remarks at the 45th Munich security conference.
- Rice, C. (2000). Promoting the national interest. *Foreign Affairs*, 79(January/February), 45–62.
- Rittberger, V. (Hrsg.) (2001). *German foreign policy since unification: Theories and case studies*. Manchester: Manchester University Press.

- Ruttig, T. (2008). *Afghanistan: Institutionen ohne Demokratie – Strukturelle Schwächen des Staatsaufbaus und Ansätze für eine politische Stabilisierung*. SWP Studie. Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik.
- Sanger, D. E. (2009, 11. Jan.). U.S. rejected aid for Israeli raid on Iranian nuclear site. *New York Times*.
- Shapiro, J., & Witney, N. (2009). *Towards a post-American Europe: A power audit of EU-US relations*. http://ecfr.3cdn.net/05b80f1a80154dfc64_x1m6bgxc2. Zugegriffen: 28. Okt. 2011.
- Schmidt, P. (2008a). *A hybrid relationship. Transatlantic security cooperation beyond NATO*. Frankfurt a. M.: Peter Lang.
- Schmidt, P. (2008b). *Das Internationale Engagement in Afghanistan: Strategien, Perspektiven, Konsequenzen*. SWP Studie. Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik.
- Schmitz, G. P. (2008, 26. März). The Afghan insurgency: Germany can do more. Spiegel Online. <http://www.spiegel.de/international/world/0,1518,543480,00.html>. Zugegriffen: 22. Nov. 2011.
- Schöllgen, G. (1999). *Die Außenpolitik Der Bundesrepublik Deutschland*. München: C.H. Beck.
- Schöllgen, G. (2000). Zehn Jahre Als Europäische Großmacht. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 24, 6–12.
- Schöllgen, G. (2004). Die Zukunft der deutschen Außenpolitik liegt in Europa. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 11, 9–16.
- Schwarz, H. P. (2007). Amerika ist unentbehrlich: Ein Plädoyer für ein atlantisches Deutschland. In T. Jäger, A. Höse, & K. Oppermann (Hrsg.), *Deutsche Außenpolitik: Sicherheit, Wohlfahrt, Institutionen Und Normen* (S. 569–584). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Sokolsky, J. J. (2003). The power of values or the value of power? American and Europe in a post 9/11 World. <http://www.isn.ethz.ch/isn/Digital-Library/Publications/Detail/?ots591=0c54e3b3-1e9c-be1e-2c24-a6a8c7060233&lng=en&id=6829>. Zugegriffen: 28. Okt. 2011.
- SOWI. (2011). Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung 2010 des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr. [http://www.sowi.bundeswehr.de/portal/a/swinstbw/!ut/p/c4/JYzBCsIwEET_KJtoK-LNUikevHix9SJG8vSNCmbrb348SY4wzwYBgaekOz1B0fNGLx20ELX48lsIk7mFTf0kVNxFiOvfHtVQMaSMDupVEoJj_wwWNEHbzmTrWdMHElzl-LEEYpeXlSgtAgfopKorWciD_Et9j017uTXlvqiv1R2WeT7_AA08bVM!/">http://www.sowi.bundeswehr.de/portal/a/swinstbw/!ut/p/c4/JYzBCsIwEET_KJtoK-LNUikevHix9SJG8vSNCmbrb348SY4wzwYBgaekOz1B0fNGLx20ELX48lsIk7mFTf0kVNxFiOvfHtVQMaSMDupVEoJj_wwWNEHbzmTrWdMHElzl-LEEYpeXlSgtAgfopKorWciD_Et9j017uTXlvqiv1R2WeT7_AA08bVM!/](http://www.sowi.bundeswehr.de/portal/a/swinstbw/!ut/p/c4/JYzBCsIwEET_KJtoK-LNUikevHix9SJG8vSNCmbrb348SY4wzwYBgaekOz1B0fNGLx20ELX48lsIk7mFTf0kVNxFiOvfHtVQMaSMDupVEoJj_wwWNEHbzmTrWdMHElzl-LEEYpeXlSgtAgfopKorWciD_Et9j017uTXlvqiv1R2WeT7_AA08bVM!/). Zugegriffen: 21. Nov. 2011.
- Stewart, P., & Entours, A. (2009, 7. Okt.). Obama receives request for more Afghan troops. *The Washington Post*.
- The American Institute for Contemporary German Studies. (2008). *A New map for American-German relations: Memorandum to the new U.S. president*. Washington: The American institute for contemporary German studies.
- U.S. Energy Information Administration. (2008). Energy information administration, country analysis briefs, Germany. <http://www.eia.doe.gov/emeu/cabs/Germany/Background.html>. Zugegriffen: 28. Okt. 2011.
- United States Department of Defense. (2009). *Progress toward security and stability in Afghanistan: Report to Congress in accordance with the 2008 National Defense Authorization Act*. Washington: Department of Defense.
- United States Senate. (2009, 13. Jan.). Transcript Of Clinton's confirmation hearing. Senate Foreign Relations Committee.
- United States Congress. (2009, 24. Apr.). Senate Committee on Foreign Relations. implementing smart power: Setting an agenda for National Security Reform. Hearing before the Committee on Foreign Relations, United States Senate, One Hundred Tenth Congress, Second Session. Washington: Government Printing Office.
- Waltz, K. (1979). *Theory of international politics*. Boston: McGraw-Hill.
- Webber, D. (1999). *The Franco-German relationship in the European Union*. London: Routledge.

- White House. (2006). *The National security strategy of the United States of America*. Washington: White House.
- White House. (2002). *The National security strategy of the United States of America*. Washington: White House.
- Woodward, B. (2002). *Bush at war*. New York: Simon & Schuster.
- Woodward, B. (2004). *Plan of attack*. New York: Simon & Schuster.
- Woodward, B. (2006). *State of denial: Bush at war, Part III*. New York: Simon & Schuster.
- Wilton Park. (2009, 17. Jan.). *NATO at 60: Towards a new strategic concept*. Report on Wilton Park Conference.
- Woyke, W. (2004). *Deutsch-Französische Beziehungen seit der Wiedervereinigung: Das Tandem fasst wieder Tritt*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.